



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ

Frankfurt am Main, 3. Juli 2014

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen** der EZB unverändert zu belassen. Die jüngsten Angaben signalisieren, dass sich die moderate Erholung der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets im zweiten Quartal bei niedrigen Inflationsraten und verhaltenem Geldmengen- und Kreditwachstum fortgesetzt hat. Gleichzeitig sind die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für das Eurogebiet weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung unter, aber nahe 2 % zu halten. Die im vergangenen Monat beschlossenen geldpolitischen Maßnahmen haben insgesamt bereits zu einer weiteren Lockerung des geldpolitischen Kurses geführt. Die für die kommenden Monate vorgesehenen monetären Operationen werden zu diesem akkommodierenden Kurs beitragen und die Kreditvergabe der Banken unterstützen. Da unsere Maßnahmen auf die Wirtschaft durchwirken, werden auch sie dafür sorgen, dass die Inflationsraten auf ein Niveau zurückkehren, das näher bei 2 % liegt. Was unsere Forward Guidance betrifft, so werden die EZB-Leitzinsen angesichts der gegenwärtigen Inflationsaussichten für längere Zeit auf dem aktuellen Niveau bleiben. Der EZB-Rat vertritt einstimmig die Absicht, innerhalb seines Mandats auch unkonventionelle Instrumente einzusetzen, falls es erforderlich werden sollte, den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation weiter entgegenzutreten. Wir sind fest entschlossen, die solide Verankerung der Inflationsrisiken auf mittlere bis lange Sicht zu wahren.

Im Nachgang zu den Anfang Juni gefassten Beschlüssen hat der EZB-Rat heute auch die spezifischen Modalitäten der **gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRGs)** festgelegt. Ziel dieser Geschäfte ist es, die Funktionsfähigkeit des geldpolitischen Transmissionsmechanismus durch Unterstützung der Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu verbessern. Die Modalitäten der GLRGs werden heute um 15.30 Uhr in einer Pressemitteilung bekanntgegeben. Wie bereits letzten Monat angekündigt, haben wir auch damit begonnen, unsere Vorbereitungen im Zusammenhang mit den Outright-Käufen am Markt für Asset-Backed Securities (ABS) zu verstärken, um das Funktionieren des geldpolitischen Transmissionsmechanismus zu verbessern.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euro-Währungsgebiets erhöhte sich im ersten Jahresviertel 2014 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Die Wirtschaftsindikatoren einschließlich der bis Juni verfügbaren Umfrageergebnisse signalisieren eine Fortsetzung der sehr allmählichen Erholung im zweiten Quartal 2014. Die Binnennachfrage dürfte durch eine Reihe von Faktoren begünstigt werden, unter anderem durch die weitere Akkommodierung des geldpolitischen Kurses und die anhaltenden Verbesserungen der Finanzierungsbedingungen. Darüber hinaus sollten die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung und den Strukturreformen sowie die Zunahme des real verfügbaren Einkommens einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Zudem dürfte die Exportnachfrage von der anhaltenden globalen Erholung profitieren. Allerdings ist die Arbeitslosigkeit im Eurogebiet nach wie vor hoch, obschon sich an den Arbeitsmärkten weitere Anzeichen einer Besserung erkennen lassen, und die ungenutzten Kapazitäten sind insgesamt immer noch beträchtlich. Darüber hinaus blieb die Jahresänderungsrate der MFI-Buchkredite an den privaten Sektor im Mai negativ, und die notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen und im privaten Sektor dürften das Tempo der wirtschaftlichen Erholung weiterhin dämpfen.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Eurogebiet sind nach wie vor abwärts gerichtet. Insbesondere geopolitische Risiken sowie die Entwicklung in den Schwellenländern und an den globalen Finanzmärkten könnten sich negativ auf die Konjunkturlage auswirken, etwa über die Wirkung auf die Energiepreise und auf die weltweite Nachfrage nach Erzeugnissen des Eurogebiets. Zu den weiteren Abwärtsrisiken zählen eine unzureichende Umsetzung von Strukturreformen in den Ländern des Euroraums und eine schwächer als erwartet ausfallende binnenwirtschaftliche Nachfrage.

Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Juni 2014 auf 0,5 % und war demnach gegenüber Mai unverändert. Betrachtet man die wichtigsten Komponenten, so erhöhte sich der Preisauftrieb bei den Dienstleistungen von 1,1 % im Mai auf 1,3 % im Juni, während er bei den Nahrungsmitteln von 0,1 % auf -0,2 % zurückging. Auf der Grundlage aktueller

Informationen wird damit gerechnet, dass die jährliche HVPI-Inflation in den kommenden Monaten weiterhin auf einem niedrigen Niveau liegen und sich im Jahresverlauf 2015 und 2016 allmählich erhöhen wird. Die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für den Euroraum sind indes nach wie vor fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel, die Inflationsraten unter, aber nahe 2 % zu halten, im Einklang steht.

Der EZB-Rat erachtet sowohl die Aufwärts- als auch die Abwärtsrisiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung als begrenzt und auf mittlere Sicht weitgehend ausgewogen. In diesem Zusammenhang werden wir die möglichen Auswirkungen der geopolitischen Risiken und der Wechselkursentwicklungen genau beobachten.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so deuten die Daten für Mai 2014 weiterhin auf eine verhaltene Grunddynamik des Wachstums der weit gefassten Geldmenge (M3) hin. Die Zwölfmonatsrate von M3 betrug im Mai 1,0 %, verglichen mit 0,7 % im April. Die jährliche Zuwachsrate des eng gefassten Geldmengenaggregats M1 verringerte sich im Mai auf 5,0 % gegenüber 5,2 % im Vormonat. Das jährliche M3-Wachstum wurde in jüngster Zeit maßgeblich vom Anstieg der Nettoauslandsposition der MFIs getragen, worin sich zum Teil das anhaltende Interesse internationaler Anleger an Vermögenswerten des Euroraums niederschlug.

Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte jährliche Änderungsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften betrug im Mai -2,5 % nach -2,8 % im April. Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften fällt nach wie vor schwach aus; darin kommen deren verzögerte Reaktion auf den Konjunkturzyklus, das Kreditrisiko, die Kreditangebotsfaktoren sowie die anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor zum Ausdruck. Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte Zwölfmonatsrate der Buchkreditvergabe an private Haushalte lag im Mai des laufenden Jahres bei 0,5 % und ist damit seit Anfang 2013 weitgehend unverändert.

Vor dem Hintergrund des schwachen Kreditwachstums ist die derzeit laufende umfassende Bewertung der Bankbilanzen von zentraler Bedeutung. Banken sollten diese Bewertung in vollem Umfang nutzen, um ihre Eigenkapitalposition und Solvabilität zu verbessern und dadurch den Spielraum für eine Ausweitung des Kreditvolumens in den nächsten Phasen der Erholung zu vergrößern.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die HVPI-Teuerungsraten der wirtschaftlichen Analyse zufolge nach dem aktuell niedrigen Stand allmählich auf ein Niveau steigen dürften, das näher bei 2 % liegt. Die **Gegenprüfung** anhand von Signalen aus der monetären Analyse bestätigt diesen Eindruck.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so hat die umfangreiche Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre zum Abbau von Haushaltsungleichgewichten beigetragen. Durch wichtige Strukturreformen hat sich die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der Arbeits- und Gütermärkte der Länder erhöht. Es bleiben allerdings große Herausforderungen bestehen. Um das Fundament für ein nachhaltiges Wachstum und solide öffentliche Finanzen zu stärken, sollten die Euro-Länder nicht hinter die im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt bei der Haushaltskonsolidierung erzielten Fortschritte zurückfallen und die **Strukturreformen** auch in den kommenden Jahren fortführen. Die Haushaltskonsolidierung sollte wachstumsfreundlich konzipiert sein, und Strukturreformen sollten sich auf die Förderung privater Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen konzentrieren. Eine vollständige und einheitliche Umsetzung des bestehenden finanzpolitischen Regelwerks und des Rahmens zur makroökonomischen Überwachung im Euro-Währungsgebiet ist von zentraler Bedeutung, um die hohen öffentlichen Schuldenquoten zu senken, das Potenzialwachstum zu steigern und die Widerstandsfähigkeit des Euroraums gegenüber Schocks zu erhöhen.

Abschließend möchte ich Sie darüber informieren, dass der EZB-Rat heute eine Änderung des Turnus unserer geldpolitischen Sitzungen, die ab Januar 2015 alle sechs Wochen stattfinden werden, bekannt gibt. Die Mindestreserve-Erfüllungsperioden werden zwecks Abgleich mit dem neuen Rhythmus auf sechs Wochen verlängert. Darüber hinaus geben wir unsere Festlegung bekannt, regelmäßig Berichte zu den geldpolitischen Sitzungen zu veröffentlichen, und zwar erstmals zur Sitzung im Januar 2015. In einer heute um 15.30 Uhr veröffentlichten Pressemitteilung werden hierzu nähere Einzelheiten bekanntgegeben.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation & Sprachendienst, Internationale
Medienarbeit

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.